

„Viele Bürgerinnen und Bürger sehen das Wählen nicht mehr als Bürgerpflicht an“

Der Politikwissenschaftler **Jérôme Schäfer** im Gespräch über die sinkende Wahlbeteiligung in vielen Ländern, das Phänomen der Protestwahl und die Frage, was heute zu einem guten Wahlkampf gehört.

Foto **Magdalena Jooss**

Seit Jahren nimmt die Wahlbeteiligung in vielen Ländern der Welt ab, so auch in Deutschland. Bei der letzten Bundestagswahl gab es 61,2 Millionen Wahlberechtigte, davon machten 47 Millionen von ihrem Wahlrecht Gebrauch, also 76,6 %. Im internationalen Vergleich ist die Wahlbeteiligung in Deutschland damit weiterhin relativ hoch, allerdings hat sich die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler seit den 1980er Jahren mehr als verdoppelt. Herr Schäfer, wie steht es generell um die Wahlbeteiligung?

Jérôme Schäfer: Was wir bei der Wahlbeteiligung in vielen Ländern beobachten, ist ein deutlicher Trend nach unten. In den 1990er Jahren lag die Wahlbeteiligung

in Westeuropa, also in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Italien, bei Parlamentswahlen typischerweise bei 80 % plus X. Heute liegt sie eher bei etwa 70 %. In den USA liegt die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen schon länger bei 50 bis 60 % und stagniert weiterhin. Es gibt zwar Ausreißer nach oben: So lag die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahr 2021 bei über 76 %, und in den USA bei den Präsidentschaftswahlen 2020 bei über 66 %. Aber insgesamt geht der Trend deutlich nach unten.

Was könnten die Gründe dafür sein? Wie kann man das erforschen?

Wenn man die Gründe untersuchen will, warum die Wahlbeteiligung sinkt, muss man sich überlegen: Was sind die Faktoren, die bestimmen, warum Bürgerinnen und Bürger nicht zur Wahl gehen? Es kann einerseits am Aufwand für eine Beteiligung an der Wahl liegen. Der könnte zu hoch sein. Andererseits könnte es auch sein, dass der subjektive Nutzen der Wahl zu niedrig ist im Verhältnis zum Aufwand einer Wahlbeteiligung.

Beim Aufwand geht es vor allem um den Zeitaufwand, insbesondere in den USA. Dort ist der Wahltag aus historischen Gründen immer ein Dienstag, was speziell für Berufstätige nicht praktisch ist. Hinzu kommen bürokratische Hürden.



„Anhänger von populistischen Parteien sind oft motivierter zu wählen“: der Politikwissenschaftler Jérôme Schäfer.

So ist man zum Beispiel in den USA nicht automatisch für die Wahl registriert, sondern muss das selbst beantragen. Viele Bürgerinnen und Bürger vergessen das vor der Wahl. Zahlreiche Bundesstaaten versuchen daher seit mehreren Jahrzehnten, die Wahlregistrierung und die Briefwahl zu erleichtern. Dennoch ist es in den USA grundsätzlich deutlich schwieriger zu wählen als in europäischen Ländern wie beispielsweise Deutschland. Hier ist es sehr einfach, die Briefwahl zu beantragen, aber auch hier muss man sich vorab an Fristen halten. Und am Wahltag selbst kann es sein, dass man doch kurzfristig keine Zeit hat oder dass die Warteschlangen in den Wahllokalen sehr lang sind. Der Aufwand kann auch hier zu hoch sein.

Worum geht es beim subjektiven Nutzen einer Wahl?

Beim subjektiven Nutzen der Wahl hängt es einerseits davon ab, wie wichtig Menschen die Wahl nehmen, und andererseits davon, wie eng der Wahlausgang vermutlich sein wird. Bei der US-Präsidentenwahl von 2020 zwischen Joe Biden und Donald Trump war die Wahlbeteiligung auch deshalb so hoch, weil beide Parteien alles getan haben, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Es war eine sehr wichtige Wahl. Ein Gegenbeispiel für eine Wahl, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern als nicht so wichtig angesehen wurde, ist hingegen die Bundestagswahl von 2009 in Deutschland. Das war die Bundestagswahl mit der niedrigsten Beteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich 70,8 %. Hier ist insbesondere die sogenannte asymmetrische Demobilisierung interessant: SPD-Anhänger waren von der großen Koalition eher enttäuscht und enthielten sich massenweise, während

Unionsanhänger Angela Merkel weiterhin unterstützten, was zum Wahlsieg der Union führte.

Dass Menschen bestimmte Wahlen nicht so wichtig nehmen, zeigt sich auch bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen, bei denen die Wahlbeteiligung generell meistens niedriger ist als bei Bundestagswahlen.

Ja, das ist richtig. Der subjektive Nutzen kann immer von Wahl zu Wahl variieren. Aber auch das allein kann den langfristigen Abwärtstrend nicht erklären. Das Phänomen der sinkenden Wahlbeteiligung scheint damit zu tun zu haben, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Wählen nicht mehr als Bürgerpflicht ansehen. Warum aber nimmt der Bürgersinn in den letzten Jahren so erkennbar ab? Das wiederum könnte mit zwei Faktoren zusammenhängen: Einerseits scheinen viele Menschen seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 politikverdrossen geworden zu sein. Es gibt ein wachsendes Misstrauen gegenüber den Eliten. Andererseits könnte der Generationenwechsel eine Rolle spielen. Die Nachkriegsgenerationen hatten oft im Hinterkopf, dass die Demokratie generell und das Wahlrecht nicht selbstverständlich sind. Das ist bei den jungen Generationen vielleicht nicht so präsent. Insgesamt muss man aber sagen, dass wir über die Gründe für den sinkenden Bürgersinn noch zu wenig wissen. Hier gibt es einen deutlichen Bedarf für mehr Forschung.

Eine Statista-Umfrage unter Nichtwählerinnen und -wählern bei der Bundestagswahl 2021 ergab folgendes Bild: 65 % erklärten: „Es hat keinen Sinn zu wählen, weil die Parteien und Politiker

doch machen, was sie wollen“, 56 % sagten, es gebe keinen Politiker, dem sie ihre Stimme geben wollten. 47 % meinten: „Für die Dinge, die mir wichtig sind, setzt sich keine Partei ein“, und 33 % gaben an, sich gar nicht für Politik zu interessieren. Immerhin 25 % erklärten: „Ich gehe deshalb nicht zur Wahl, weil mir der Staat als Ganzes nicht gefällt“, und 17 % äußerten: „Ich wollte meiner Partei einen Denkzettel verpassen, weil ich unzufrieden mit ihr war“. Daran anschließend die Frage: Welche Bedeutung haben Protestwahlen und zunehmende populistische Tendenzen? Werden so möglicherweise (junge) Wählerinnen und Wähler mobilisiert, die sonst nicht wählen würden?

Das Phänomen der Protestwahl gibt es schon länger. In Deutschland ging es vor Jahrzehnten zum Beispiel um Stimmen für die NPD oder die Republikaner, in Frankreich für den Front National (heute: Rassemblement National). Was sich in den letzten Jahren aber verändert hat, ist, dass Protestwähler nicht nur punktuell populistische Parteien wählen, also nicht nur einmal und sich beim nächsten Mal eher der Stimme enthalten, sondern regelmäßig zur Wahl gehen und sich dann zu ihrer Protestwahl bekennen. Aber auch über das Verhältnis zwischen Enthaltung und Protestwahl wissen wir im Grunde noch wenig. Es scheint so, als hätten sich in Ländern wie Italien viele Menschen, die im Zuge der Wirtschaftskrise ihren Job verloren hatten, erst ihrer Stimme enthalten, um dann später eine populistische Partei zu wählen. Doch es ist unklar, ob und in welchem Maße Populisten auch junge Wählerinnen und Wähler mobilisieren können, die ansonsten gar nicht wählen würden.

Wie kann man verhindern, dass (junge) Wählerinnen und Wähler zwar wählen gehen, aber ihr Kreuz bei antidemokratischen Parteien machen?

Grundsätzlich ist es eine gute Idee, bürokratische Hürden zu reduzieren und somit das Wählen einfacher zu machen. Das liegt auch daran, dass Anhänger von populistischen Parteien oft motivierter sind und sich von Hürden wie langen Schlangen vor den Wahllokalen weniger vom Wählen abhalten lassen als Anhänger von demokratischen Parteien. Wie wichtig das ist, konnte man zum

„Die demokratischen Parteien könnten die sozialen Medien besser nutzen, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren.“



Lange Schlange vor einem Wahllokal in Berlin bei der Bundestagswahl 2021: Auch der hohe Zeitaufwand kann ein Grund sein, nicht zur Wahl zu gehen.

„Was wir bei der Wahlbeteiligung in vielen Ländern beobachten, ist ein deutlicher Trend nach unten.“

Beispiel 2020 im US-Bundesstaat Georgia sehen. Weil die Demokraten dort im Vorfeld vielen Afroamerikanern und -amerikanerinnen geholfen hatten, sich für die Wahl zu registrieren, konnten sie Donald Trump in diesem eigentlich eher konservativen Bundesstaat besiegen. Man kann das Wählen also grundsätzlich einfacher machen.

Den subjektiven Nutzen der Wahlbeteiligung zu erhöhen, besonders bei jungen Menschen, ist aber deutlich schwieriger. Ein Problem hier ist, dass sich das Parteiensystem in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat. Zugleich fällt es den großen Volksparteien immer schwerer, Massen von Menschen zu mobilisieren und an die Wahlurnen zu bringen. Vielleicht könnten die demokratischen Parteien aber daran arbeiten, einen besseren Wahlkampf zu machen, zum Beispiel über die sozialen Medien. Natürlich wird es zunächst schwierig sein, die Anhänger von Populisten überhaupt zu erreichen, geschweige denn zu

überzeugen, ihre Meinung zu ändern. Allerdings könnten die demokratischen Parteien die sozialen Medien in jedem Fall besser nutzen, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren, denn es ist einfacher, die eigenen Anhänger zur Wahl zu bringen als die Anhänger der anderen Parteien zu überzeugen, ihre Wahlentscheidung zu ändern. Was den Bürgersinn bei jungen Menschen stärken könnte, ist unklar. In Deutschland und Frankreich wird zum Beispiel regelmäßig über eine Wiedereinführung von Wehrpflicht oder Zivildienst debattiert. Ob das wirklich helfen könnte, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und demokratische Kräfte zu stärken, ist aber völlig offen.

In Deutschland finden 2024 sage und schreibe 13 Wahlen statt, darunter die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September. Wir werden sehen, wie sich die Wahlbeteiligung dort jeweils entwickelt. Vielen Dank für das Gespräch!

Fragen: Ir

Dr. Jérôme Schäfer Ph. D.

ist Assistant Professor am Lehrstuhl für Empirische Politikforschung und Policy Analysis der LMU München. Er forscht zu Fragen im Zusammenhang mit Demokratie und Ungleichheit sowie zur Anwendung der Verhaltensökonomie in der Politikwissenschaft. Seit 2023 ist er außerordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und forscht in deren Jungem Kolleg über „Exit or Voice? Wahlbeteiligung und Protestwahl im Zeitalter des Populismus“.

Das Gespräch fand am 10. März 2024 in München statt und steht in vollständigem Umfang auch als Folge des BAaW-Podcasts „Kurz gesagt“ in der Mediathek unter badw.de/mediathek zur Verfügung.